

**Ratsherr Danz** stellt für die SPD-Fraktion die Anträge:

1. Zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft sollen unter einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle 50.000 € im Haushalt eingestellt werden, mit einem Sperrvermerk für den Haupt- und Finanzausschuss.
2. Unterabschnitt Betriebshof soll der Ansatz um 100.000 € gekürzt und mit Sperrvermerk für den Haupt- und Finanzausschuss versehen werden, mit der Aufforderung, entsprechende Gespräche über Kooperationen – auch mit den Nachbarkommunen - zu führen.
3. Vom Haushaltstitel 120.102 - Bauliche Unterhaltungen für Straßenbaumaßnahmen –sollen künftig  
- 100.000 € für Radfahrer und 50.000 € für Fußgänger eingesetzt werden.  
- Von dieser Haushaltsstelle sollen darüber hinaus 50.000 € in die Gründung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft einfließen.  
- Die Haushaltsstelle soll künftig mit 2,45 Mio € angesetzt werden.

Darüber hinaus stellt er den Antrag, die Beschlüsse zum Haushalt erst in der Sitzung des Rates zu fassen und statt dessen über die gestellten Anträge bis zur Ratssitzung interfraktionell zu diskutieren. Hierfür stehe seine Fraktion auch gerne zur Verfügung.

Die Fraktionen CDU und FDP begrüßen den Vorschlag zu einer interfraktionellen Zusammenarbeit und signalisieren Zustimmung.

Ratsherr Schiebener stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, den Ansatz der Haushaltsstelle „Unterhaltung von Straßen und Wegen“ um 200.000 € zu reduzieren.

Auch dieser Antrag – so Bürgermeister Raetz - werde dann ggf. in die interfraktionelle Diskussion einfließen.

Ratsherr Huth führt aus, dass die UWG-Fraktion die Auffassung vertrete, dass die geplanten Steuerhöhungen und damit die Mehrbelastung für die Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger unnötig seien und lehne sie daher ab.

Seine Fraktion werde auch dem Stellenplan nicht zustimmen, da nach ihrer Meinung durch Umverteilung oder Zusammenlegung von Aufgaben die Einrichtung von zusätzlichen Stellen vermieden werden könnte. Diese grundsätzlichen Erwägungen veranlassen die UWG-Fraktion, dem Haushalt nicht zuzustimmen.

Kämmerer Kohlosser erwidert, dass jedes Haushaltssicherungskonzept eine Planung darstelle und die genaue Entwicklung nicht vorausgesagt werden könne. Es sei selbstverständlich, dass die Stadt versuche, die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.